



Stellungnahme der Bundesnetzagentur zur Notwendigkeit von LNG Terminals im Nordosten Deutschlands

Stand: 15. Mai 2023

Die aktuelle Planung zum Anschluss weiterer FSRUs über eine Offshoreanbindungsleitung bei Lubmin bzw. Rügen, geht davon aus, dass zusätzlich zur vorhandenen FSRU der Regas in Lubmin zwei weitere FSRUs, eine Bundes-FSRU und eine zweite Regas-FSRU, platziert werden.

Die Versorgung Deutschlands und der Nachbarstaaten wäre nach derzeitiger Einschätzung der Bundesnetzagentur – auch bei einem kalten Winter – nicht gefährdet, wenn die hohen Importe und niedrigen Exporte auf dem äußerst vorteilhaften Niveau verbleiben würden, die seit dem Lieferstopp Russlands beobachtet werden, und der nationale Verbrauch mind. 20 Prozent geringer ausfällt als der tägliche Durchschnittsverbrauch der Jahre 2018 bis 2021. Dies gilt auch, wenn ein Lieferstopp von Gasflüssen über die Ukrainerroute durch Erdgasmengen aus Deutschland kompensiert werden müsste. Allerdings kann es zu einer kritischen Versorgungssituation kommen, wenn aufgrund von kälteren Temperaturen sowohl die Verbrauchseinsparungen vermindert als auch die Importe sinken würden. Beide Phänomene wurden bereits im letzten Winter bei kalten Temperaturen beobachtet.

Aus Perspektive der Versorgungssicherheit sind daher die vorhandene FSRU und die geplante Platzierung von mindestens zwei FSRUs, die in das Fernleitungsnetz bei Lubmin einspeisen würden, als wesentliche und notwendige Versicherung gegen eine mögliche Gasverknappung oder gar einen Gasmangel im deutschen Marktgebiet erforderlich.

Sachverhalt

Aktuell kann an der Ostseeküste LNG über die in Lubmin stationierte FSRU der Regas Erdgas in das deutsche Fernleitungsnetz eingespeist werden, wobei ein Pendelverkehr zwischen einer FSU vor Rügen und der FSRU etabliert wurde. Regas plant zum Dezember 2023 die FSU durch eine weitere FSRU zu ersetzen und diese mittels einer Offshore-Anbindungsleitung an das deutsche Ferngasnetz anzuschließen, wodurch die Regas Erdgas sowohl über die Offshoreleitung als auch über einen Pendelverkehr zwischen den beiden FSRUs einspeisen möchte. Ab dem 1. Oktober 2024 soll dann die in Lubmin liegende FSRU den Hafen verlassen und ebenfalls über eine Offshoreleitung Erdgas einspeisen.

Parallel gibt es Bestrebungen, eine weitere Bundes-FSRU bei Rügen zu platzieren, welche dann ebenfalls über eine Offshoreleitung Erdgas in das Fernleitungsnetz bei Lubmin einspeisen soll.

Folgend wird die Versorgungssituation bewertet, wenn keine Inbetriebnahme der zwei zusätzlichen FSRUs erfolgen würde. Dazu wurde auf die bereits bekannte Modellierung zur Ermittlung von Speicherfüllstandsszenarien zurückgegriffen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass eine Wiederbefüllung der Speicher für den Winter 2023/2024 entsprechend der Speicherfüllstandsziele möglich ist und realisiert wird. Aufgrund der bereits heute vorliegenden hohen Speicherfüllstände von fast 70 Prozent und anhaltend hohen Lastflüssen über die westlichen Grenzübergangspunkte

sowie aus Norwegen ist das Erreichen eines Füllstandes von 95 % zum 1. November 2023 nach aktueller Lage wahrscheinlich, weshalb der Zeitraum 1. November 2023 bis 30. April 2024 hier im Fokus steht.

Sind die Temperaturen im Winter 2023/2024 und sowohl Verbrauch als auch Importe und Exporte mit denen des aktuellen Winters vergleichbar, so ist die Versorgungssicherheit auch ohne die Inbetriebnahme der zwei FSRUs gegeben, selbst wenn kein Erdgas mehr über die Ukrainerroute nach Mitteleuropa fließen würde und die Abnehmerländer das Erdgas stattdessen vom deutschen Marktgebiet beziehen würden.

Für die Beurteilung der Versorgungssicherheit ist dieser Fall jedoch von untergeordneter Relevanz, da der aktuelle Winter von überdurchschnittlichen Temperaturen geprägt war und dadurch der Verbrauch, die Importe und die Exporte entsprechend positiv beeinflusst wurden.

Um eine Mangellage gänzlich ausschließen zu können, ist es notwendig festzustellen, welche Erdgasmengen Deutschland erreichen können, wenn äußere Einflüsse den Erdgasbedarf erhöhen bzw. das Angebot reduzieren könnten. Ausgehend von einem Füllstand zum 1. November 23 von 95 Prozent wurde daher untersucht, wie sich die Versorgungssituation in Deutschland entwickelt, wenn:

- ein Kaltjahr vorliegt,
- die Importe aufgrund eines temperaturbedingten Gasmehrbedarfes der westlichen Nachbarländer von bisher 130 GWh/h auf 110 GWh/h fallen,
- Die bisher modellierte Verbrauchersparnis von 20 % in den Wintermonaten auf 10 Prozent reduziert wird, da sich gezeigt hat, dass bei zunehmender Kälte die Verbrauchseinsparung sinkt,
- Russland seine Erdgaslieferungen über die Ukrainerroute einstellt und dadurch die Exporte aus Deutschland nach Mitteleuropa merklich steigen.

Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass ohne die zwei zusätzlichen FSRUs die Speicherfüllstände zum Ende der Heizperiode besonders niedrig ausfallen würden und zu Beginn 2024 gar eine Gasmangellage bzw. stark steigende Preise als vorangehende Reaktion auf die sinkende Gasverfügbarkeit im Marktgebiet drohen.

Mit einer Inbetriebnahme von zwei FSRUs zum Jahreswechsel könnten bei Bedarf ca. 10 TWh pro Monat den deutschen Gasmarkt zusätzlich erreichen, was über die verbleibende Heizperiode einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung der Versorgungslage leisten würde. Zum Vergleich: Bei einer angenommenen Inbetriebnahme zum 1. Januar 2024 würden zwei FSRUs über die verbleibenden vier Monate der Heizperiode die Speicherfüllstände um ca. 15 Prozentpunkte entlasten können.

Zusätzlich zur modellhaften Betrachtung bestehen weitere Risiken in der Erdgasversorgung, die für eine Platzierung weiterer FSRUs bei Lubmin sprechen. Der Abtransport aus Lubmin ist engpassfrei zur tschechischen Grenze und über das tschechische Erdgasnetz nach Süddeutschland möglich. Diese Route ist in Situationen mit kalten Temperaturen und hohem Verbrauch in Mitteleuropa und Süddeutschland netztechnisch wichtig. Im Gegensatz dazu gibt es aus dem Nordwesten Deutschlands keine direkte, engpassfreie Verbindung nach Tschechien oder Süddeutschland.

Hier können im Winter Einspeisungen aus den LNG-Anlagen der Nordsee, Erdgasentnahmen aus niedersächsischen Speichern sowie Importe aus Norwegen, Niederlande und Belgien um vorhandene Kapazitäten konkurrieren und diese Erdgasmengen erst nach der Realisierung der im NEP Gas ermittelten Maßnahmen engpassfrei abtransportiert werden (ab Ende 2026). Diese Situation führt schon heute dazu, dass Kapazitäten für den Abtransport von Gasmengen der zweiten

FSRU in Wilhelmshaven nicht durchgängig garantiert werden können. Zusätzlich ist auch im Cluster Stade/Brunsbüttel weiterer Netzausbau notwendig, welcher frühestens 2026 abgeschlossen wird. Weiterhin ist anzumerken, dass keine Zweifel an der Lieferverlässlichkeit Norwegens bestehen. Jedoch haben die Erfahrungen des Jahres 2022 gezeigt, dass eine hohe Abhängigkeit von einem einzelnen Lieferanten keine ausreichende Versorgungssicherheit generiert. Spätestens die Anschläge auf die NordStream 1 und 2 haben gezeigt, dass eine pipelinegebundene Gasversorgung verwundbar ist. Daher ist eine Diversifizierung der Versorgungsrouten und -quellen zwingend notwendig. Eine Infrastruktur, die nur beim ungestörten Funktionieren aller Komponenten ausreichende Gasmengen nach Deutschland bringt und ausreichend Wettbewerb ermöglicht, um dem privaten wie industriellen Verbraucher ein erträgliches Preisniveau in Aussicht zu stellen, entspreche nicht dem energiewirtschaftlichen Gebot der Bedarfsgerechtigkeit.

Abschließend ist der nationale Verbrauch die größte Stellschraube in den Modellierungsansätzen, da Speicherfüllstände recht stark auf eine Änderung der Verbrauchersparnis reagieren. Allein diese Unsicherheit, welche auch vom zukünftigen Erdgaspreis getrieben wird, begründet den zusätzlichen Bedarf an LNG-Einspeisemöglichkeiten.

Stellungnahme

Auch wenn eine gute Ausgangssituation in der Speicherbefüllung und anhaltende Einsparungsbemühungen einen wesentlichen Beitrag zur Erdgasverfügbarkeit leisten, so sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass der kommende Winter bei sinkenden Temperaturen und einem Komplettausfall russischer Lieferungen über die Ukraineroute versorgungstechnisch eine Herausforderung darstellen kann. Daher ist es zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit notwendig, dass die geplanten zusätzlichen zwei FSRUs vor Rügen auch frühzeitig in Betrieb gehen. Gerade aufgrund der bei Lubmin vorhandenen Fernleitungsinfrastruktur können die dort geplanten FSRUs unmittelbar nach Realisierung einer Anbindungsleitung den größtmöglichen und auch notwendigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.